



der FDP-FRAKTION IM GEMEINDERAT DER STADT REUTLINGEN

Bekennnis zur Altstadt

FDP-Fraktion stellt Anträge für eine höhere Attraktivität der Einkaufsstadt Reutlingen

Die FDP-Fraktion hat im Gemeinderat zur schnelleren Sanierung von Oberamtei- und Kanzleistraße im Interesse einer durchgängig neu gestalteten „Einkaufsmeile“ in der Innenstadt die Erhöhung der Ansätze für die Neugestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Altstadt um jeweils 500 000 € beantragt. Auch die an die Fußgängerzone angrenzenden Seitenstraßen müssen vorzeigbar sein, erläuterte Stadträtin Regine Vohrer in einem Pressegespräch zu den gegenwärtigen Haushaltsberatungen. Gerade in der Oberamtei- und Kanzleistraße dürften die Bemühungen des Einzelhandels nicht länger durch einen schlechten Straßenzustand konterkariert werden. Zur Erhöhung der Attraktivität Reutlingens als Einkaufsstadt beantragen die Liberalen außerdem die Einführung einer kostenfreien Anfangszeit von 60 bis 90 Minuten bei den Parkgebühren. Damit nicht noch mehr Kaufkraft aus Reutlingen abfließt, müsse das Parken verbilligt werden. Dazu empfiehlt Regine Vohrer die Einführung eines intelligenten Systems, das auf eine Gebühr in den ersten 60 bis 90 Minuten verzichtet. Dies entspreche dem im Haushaltsplan genannten Ziel „Förderung der Wirtschaft und Kultur“. Die denkmalgerechte Sanierung der Häuserzeile Oberamteistraße 28,30 und 32 soll nach Auffassung der FDP durch einen gemeinnützigen Verein erfolgen, der mit Unterstützung des Geschichtsvereins, der Stadtverwaltung und der GWG gegründet wird und in der Bürgerschaft um Spenden und Eigenleistungen für dieses Projekt wirbt. Nach Vorliegen eines Nutzungskonzepts und einer Kostenermittlung könne das Gebäude-Ensemble samt dem angrenzenden Grundstück (vormals Oberamteistraße 34) mit den üblichen Sanierungsaufgaben an den Verein veräußert werden. Die für Nutzungskonzept und Kostenermittlung erforderlichen Mittel sollen im Haushalt 2015/16 bereit gestellt werden.



Dringend sanierungsbedürftig: Die Häuser an der Oberamteistraße.



Die FDP hat Barbara Bosch bei den OB-Wahlen unterstützt. Unser Bild zeigt sie mit dem jetzigen Ehrenvorsitzenden Dr. Knut Hochleitner (links) und Alt-Stadtrat Christian Barth bei einem Neujahresempfang der Reutlinger Liberalen.

FDP steht zu Barbara Bosch

Liberaler Fraktion weist Angriffe der CDU auf die Oberbürgermeisterin entschieden zurück

Die FDP-Fraktion bedauert die destruktive Haltung der CDU in den Haushaltsberatungen. Wer mit dem Etat-Entwurf der Stadtverwaltung nicht einverstanden ist, muss nach Auffassung des Fraktionsvorsitzenden Hagen Kluck Änderungsvorschläge machen. Anstatt eigene Anträge zu stellen, schieße sich die Führungsspitze der christlich-demokratischen Gemeinderatsfraktion aber mit offensichtlich völlig falschen Vorwürfen auf die Oberbürgermeisterin ein. Dass ausgerechnet die CDU die Probleme mit der historischen Häuserzeile an der Oberamteistraße der Oberbürgermeisterin anlastet, ist nach Meinung von Stadträtin Regine Vohrer unredlich. Die beiden der CDU angehörenden Vorgänger von Barbara Bosch hätten nichts zur Rettung der denkmalgeschützten Gebäude unternommen. Die im Entwurf der Stadtverwaltung für den Doppelhaushalt 2013/14 vorgeschlagenen Sanierungsmittel seien auf Antrag der CDU gestrichen worden. Stadtrat Dr. Carl-Gustav Kalbfell hegt hier den Verdacht, dass es der CDU nicht um die Sache geht. Sie wolle offenbar die Oberbürgermeisterin demontieren, um für sich selber günstigere Voraussetzungen bei kommenden Wahlen zu schaffen. Immer wieder blockiere die CDU notwendige Vorhaben und laste Liegengebliebenes dann der Oberbürgermeisterin an. Ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen in verschiedenen Sachfragen, leistet Barbara Bosch nach Meinung der FDP-Fraktion sehr gute Arbeit für Reutlingen. In enger Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und unter starker Einbeziehung der Bürgerschaft habe die Oberbürgermeisterin die Stadt deutlich vorangebracht. Hausragende Beispiele dafür seien die Stadthalle und der Scheibengipfeltunnel, aber auch die erfolgreichen Stadtkernerweiterungen, der Ausbau von Schulen und Kinderbetreuung, die Weiterentwicklung von Stadtmarketing und Tourismus und das Aufblühen des Kulturlebens. Die OB-Schelte der CDU-Fraktion entspreche jeder sachlichen Grundlage und diene eigennützigen parteipolitischen Motiven. Offensichtlich wünsche man sich, dass die Städtetagspräsidentin ohne genehmigungsfähigen Haushalt da stehe. Das aber schade in erster Linie der Stadt Reutlingen.

Mehr Freiheit für Teilorte

Nach Auffassung der FDP sollen Reutlingens Stadtbezirke mehr Kompetenzen erhalten

Die FDP-Fraktion beantragt, dass die Ortschaftsräte der zwölf Reutlinger Bezirksgemeinden ein festes Budget für Maßnahmen in ihren Ortschaften bekommen. Wie Stadtrat Dr. Carl-Gustav Kalbfell vor der Presse erläuterte, soll sich dieses Budget nach der Einwohnerzahl richten. Im Rahmen dieses Budgets sollen die Ortschaftsräte selbst über Maßnahmen in den Stadtbezirken beschließen und verfügen. Als ersten Schritt dazu fordert die FDP, dass zur Stärkung der Eigenverantwortung der Stadtbezirke und zur zielgenaueren Erfüllung der örtlichen Bedürfnisse die Verfügungsmittel und die Grünflächenbudgets verzehnfacht werden. Aus diesen Mitteln sollen künftig auch die Instandhaltung und der Betrieb der Aussegnungshallen bestritten werden, wenn die Stadtbezirke weiterhin eigene Friedhofshallen erhalten wollen.

Soziales und Kultur wichtig

Liberaler wollen Abstimmung der diversen Angebote durch Arbeitsgemeinschaften

Für die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft sozialer Dienste in Reutlingen“ (ASD) sowie einer „Arbeitsgemeinschaft kultureller Einrichtungen in Reutlingen“ (AKE) hat die FDP jeweils 10 000 € beantragt. Diese Arbeitsgemeinschaften sollen nach den Worten von Stadtrat Hagen Kluck ab 2017 die Verteilung städtischer Zuschüsse an soziale bzw. kulturelle Organisationen und Institutionen bis zu einer jährlichen Zuschusshöhe von jeweils 50 000 € vorschlagen, so dass der Gemeinderat nur noch die Gesamtbeträge der Zuschüsse für soziale und kulturelle Angebote festlegen muss. Vorbild für eine solche Neuregelung ist die Arbeitsgemeinschaft Reutlinger Sportvereine (ARS) als Ansprechpartner und Dienstleister für den Vereinssport in Reutlingen. Im Sozial- und Kulturbereich werden die Zuschüsse meistens Jahr für Jahr fortgeschrieben. Neue Initiativen tun sich schwer, ebenfalls an eine Förderung zu gelangen. Ziel der Neuregelung ist es, dass die Anbieter ihre Angebote aufeinander abstimmen, sich auf einen Verteilungsschlüssel einigen und die Rangfolge von Projekten festlegen. Dadurch können Mehrfachstrukturen aufgelöst, soziale und kulturelle Angebote gebündelt und effektiver werden. Insgesamt könnten sich dadurch auch Einspareffekte ergeben.

RT Rathaus-Telegramm

Herausgegeben von der FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Reutlingen
(Regine Vohrer, Dr. Carl-Gustav Kalbfell, Hagen Kluck).

Verantwortlich: Hagen Kluck, Mössingerstraße 9, 72770 Reutlingen.
Kreissparkasse Reutlingen IBAN: DE 37 6405 0000 0100 0020 70



Schöne Weihnachtsfeiertag und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr wünscht die FDP-Fraktion allen Reutlingerinnen und Reutlingern. Regine Vohrer, Dr. Carl-Gustav Kalbfell und Hagen Kluck sind auch 2015 immer für Sie da!

Ideen für die Kindergärten

FDP will ein neues Gebührenmodell und mehr Eigenverantwortung für städtische Angebote

Die FDP-Fraktion beantragt eine Umstellung des Elternbeitragssystems weg vom bestehenden Stufenmodell hin zu einem linearen Gebührenmodell. Es sei für die Eltern nachvollziehbarer und werde deshalb auch vom Gesamtelternbeirat GERK befürwortet. Außerdem soll geprüft werden, ob die Aufgaben der Abteilung Kindertagesbetreuung in Zukunft in der Rechtsform einer kommunalen Kindertagesbetriebs-GmbH flexibler, effektiver und partizipativer erledigt werden können. Die Kindertagesbetreuung ist mit ihren rund 500 Beschäftigten innerhalb des Sozialamtes und der gesamten Stadtverwaltung die größte Abteilung. Auch im Hinblick auf die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung der Organisation der Kindertagesbetreuung (Steuern, Einkauf etc.) solle über eine alternative Organisationsform nachgedacht werden. Die Rechtsform der GmbH schaffe auch mehr Transparenz. Zudem stelle ein Aufsichtsrat mit Vertretung von Eltern und Mitarbeiterschaft eine wirksame Interessenvertretung und Betroffenenbeteiligung sicher. Auch die Überführung einzelner Einrichtungen in eine freie Trägerschaft wäre einfacher.

Bauernhöfe verkaufen

Freie Demokraten wünschen sich ein Ende der defizitären Verpachtung von Stadtgütern

Zwecks Wegfall des Defizits beantragt die FDP-Fraktion bei den Haushaltsberatungen den Verkauf des Hofgutes Alteburg und des Mühlehofs Mittelstadt. Die Verkaufserlöse (ca. 10 Mio €) sollen in den Vermögenshaushalt eingestellt werden. Es könne nicht sein, dass die Stadt Reutlingen Immobilien verpachtet und dabei keine auskömmlichen Einnahmen erzielt.